

Mein NEWSLETTER



Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB



Juli 2018

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ich kann es nicht verstehen und auch niemandem erklären. Gut 100 Tage steht die neue Bundesregierung und kommt bei der Arbeit gerade richtig in Fahrt - schon bockt die CSU.

Das Verhalten der CSU ist weder verantwortungsbewusst noch staatstragend. Sie ist in Panik geraten, weil sie im Oktober nicht mehr die absolute Mehrheit erreichen wird. Der nie beigelegte erbitterte Streit zwischen Merkel und Seehofer flammt wieder auf. Wie weit Dr. Söder aus Bayern noch



Sich in die Lage der Betroffenen hineinversetzen ist eine meiner Grundprinzipien. Beim Umsonst-und-Draußen Festival in Würzburg traf ich im „Wohnzimmer“ der Caritas auf eine Flüchtlingsfamilie aus Armenien. Die Caritas vermittelt Wohnungen und hilft bei vielen Problemen.

hetzt und was er bereit ist, dafür aufs Spiel zu setzen, vermag ich nicht zu beurteilen. Bei dem Streit zwischen den Unionsschwestern geht es schon lange nicht mehr um Inhalte. Es geht um Symbolpolitik. Es ist ein großes Sommertheater mit höchster Explosionsgefahr. Ich hoffe, dass sich die Vernunft durchsetzt und die Schwarzen wieder von den Bäumen herunterkommen.

Unter dieser Medienlage geht fast unter, dass der Mindestlohn um 5,8 Prozent erhöht wird, die Krankenversicherung wieder Halbe Halbe finanziert wird, die Brückenteilzeit auf dem Weg ist, das Rentenniveau gesichert wird und die Erwerbsminderungsrente gestärkt wird. Das sind unsere Themen, die wir die nächsten Tage und Wochen bei und mit den Menschen diskutieren sollten.

Dies und noch mehr finden Sie in meinem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen und eine gute Zeit.

Bernd Rützel

INHALT

- 2 Neuer SPD-Bezirksvorstand gewählt
- 3 Klartext: Mindestlohn steigt
- 4 Unterwegs in Unterfranken und Berlin
- 5 Besuche in Berlin
- 8 100 Jahre Achtstunden-Tag
- 9 Grenzerfahrungen in Frammersbach
- 12 Sophies Post aus den USA
- 13 Themenseite: Bayerische Landtagswahl 2018

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



UNTERFRANKEN-SPD WÄHLT NEUEN VORSTAND

Ich bedanke mich herzlich für das große Vertrauen in meine Arbeit.

Die **96 Prozent** der Delegiertenstimmen beim Parteitag in Würzburg sind ein überwältigendes Ergebnis und Auftrag sowie Ansporn zugleich!

Wir werden gemeinsam für ein sozial gerechteres Unterfranken, Bayern und Deutschland kämpfen.

Ein Vorsitzender ist nur so gut, wie sein Team - und wir haben ein hervorragendes Team. Deshalb freue ich mich auf gute Zusammenarbeit mit den frisch gewählten Vorstandsmitgliedern.

LANDESPARTEITAG IN WEIDEN

"Zukunft im Kopf, Bayern im Herzen" ist nicht nur ein toller Slogan, sondern der Titel unseres **Wahlprogramms** für die **bayerische Landtagswahl am 14. Oktober 2018**, das wir in Weiden einstimmig beschlossen haben.

Unser Ziel: Den Zusammenhalt in der Bevölkerung stärken. Dabei setzen wir auf die Schwerpunkte Wohnen, Familie, Arbeit und Integration. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit unserer

Spitzenkandidatin Natascha Kohnen ein gutes Ergebnis erzielen.



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



EUROPA: ETAPPENSIEG FÜR FAIRE ARBEIT IM TRANSPORTBEREICH

Erst in meinem letzten Newsletter hatte ich vom Treffen mit den Mitgliedern des **Berufskraftfahrer-Kreises Aschaffenburg-Miltenberg**, dem SPD-Europaabgeordneten **Ismail Ertug** und meinem Bundestagskollegen **Udo Schiefner** berichtet.

Gemeinsam kämpfen wir dafür, den Unterbietungswettkampf auf Kosten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Europas Straßen zu beenden. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und keine weitere Flexibilisierung der Lenk- und Ruhezeitenregelung zu Lasten der Fahrerinnen und Fahrer sind die Stichworte.

Die vom Verkehrsausschuss mit einer konservativen Mehrheit verabschiedete Regel wollte LKW-Fahrer ursprünglich drei Wochen am Stück mit nur zwei Ruhetagen durchgehend fahren lassen. Das halte ich für unverantwortlich!



Gut, dass das Europäische Parlament auf Druck unserer Abgeordneten dies nicht zugelassen hat. Per Videokonferenz haben wir uns zum weiteren Ablauf ausgetauscht. Die Themen werden nun im Juli im Plenum des Europaparlaments neu verhandelt!

Damit besteht die berechtigte Hoffnung, dass sich dort Mehrheiten für die Interessen der Fahrerinnen und Fahrer und die fair handelnden Unternehmen auf Europas Autobahnen finden.

KLR TXT

MINDESTLOHN STEIGT BIS 2020 AUF 9,35 EURO

Die Mindestlohnkommission hat diese Woche über die Höhe des neuen Mindestlohnes entschieden. Einstimmig beschlossen die sieben Mitglieder, dass der Mindestlohn ab 1.1.2019 auf 9,19 Euro/Stunde steigt und ein Jahr später zum 1.1.2020 auf 9,35 Euro/Stunde. Das ist insgesamt eine Erhöhung um 5,8 Prozent.

Ich bin froh, dass wir die Entscheidung da hingegeben haben, wo sie hingehört - nämlich in die Hände der Tarifpartner. Die Tarifautonomie hat Deutschland stark gemacht. Ich halte absolut nichts davon, ein zweites Mal die Lohnuntergrenze politisch festlegen zu wollen. Was wir aber angehen werden: Die Tarifbindung stärken. Im Westen beträgt diese nur noch 50 Prozent, im Osten noch weniger und das auch noch bei sehr unterschiedlicher Verteilung in den Branchen. Es gibt sehr viele weiße Flecken. Menschen also, die ohne Schutz von Tarifverträgen arbeiten. Ihnen geht es deutlich schlechter als denjenigen, die unter dem Schirm eines Tarifvertrages stehen.

Weiterhin müssen wir den Mindestlohn besser kontrollieren. Zwei Millionen Menschen werden um den Mindestlohn betrogen. Deshalb werden wir den Zoll stärken. Olaf Scholz hat 1400 neue Stellen beim Zoll angekündigt. Bis die Bewerbungsverfahren laufen und die Menschen ausgebildet sind, werden 3 bis 5 Jahre vergehen. Aber wir gehen es an. Jetzt!

**Alle meine Positionen
finden Sie auf
www.bernd-ruetzel.de**

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



ANSPRUCH AUF RÜCKKEHR IN VOLLZEIT

Am 13. Juni ist endlich unser Gesetz zur Brückenteilzeit durchs Kabinett gegangen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet das ab 1. Januar 2019 deutlich mehr Zeitsouveränität, Flexibilität und Selbstbestimmtheit.

Die SPD hat sich schon lange dafür stark gemacht, dass sich die Arbeitszeit an das Leben anpasst, nicht umgekehrt. Mit der Brückenteilzeit bauen wir nun eine Brücke zur Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, Ehrenamt, Weiterbildung – und zurück. So lassen sich eigene Ziele außerhalb der Arbeit deutlich leichter verwirklichen – in jeder Lebensphase.

Die Brückenteilzeit ist ein wichtiger Schritt für mehr Gleichstellung im Beruf.



Zusätzlich zum bisherigen Recht auf Teilzeit wird es künftig einen neuen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit geben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden Anspruch darauf haben, nach einer Teilzeitphase zu ihrer vorherigen Arbeitszeit zurückzukehren. Auch denjenigen, die jetzt bereits in zeitlich unbegrenzter Teilzeit sind und gerne mehr arbeiten möchten, erleichtern wir den Weg in Vollzeit. Weil die Rückkehr in die vorherige Arbeitszeit auch ein Plus auf dem Gehaltskonto und später auf dem Rentenkonto bedeutet, ist die Brückenteilzeit auch ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung von Altersarmut.

GUTE NACHRICHT BEI SACHGRUNDLOS BEFRISTETEN ARBEITSVERTRÄGEN

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass das gesetzliche Verbot von mehrfach befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund nicht gegen das Grundgesetz verstößt. Damit hat es klar dem Bundesarbeitsgericht widersprochen. Das höchste Arbeitsgericht hatte 2011 damit begonnen, diese

Regelung nachlässiger auszulegen.

Damit ist klar:

Eine erneute sachgrundlose Befristung bei demselben Arbeitgeber ist auch nach einer mindestens 3-jährigen Pause nicht erlaubt.

Für betroffene Beschäftigte ist dieses Urteil eine Chance, weil sie nun gerichtlich überprüfen lassen können, ob sie nicht eigentlich Anspruch auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben.

Doch auch darüber hinaus bleibt bei den Befristungen noch viel zu tun. Deshalb hat die SPD in den Koalitionsverhandlungen mit der Union vereinbart, dass es künftig keine Befristung mehr geben darf, wenn mit demselben Arbeitgeber vorher schon ein unbefristetes Arbeitsverhältnis oder wenn ein oder mehrere befristete Arbeitsverhältnisse mit einer Gesamtdauer von fünf oder mehr Jahren bestanden haben – unabhängig davon, ob die Befristungen mit oder ohne Sachgrund waren. Das wollen wir 2019 umsetzen.

WIEDEREINFÜHRUNG DER PARITÄT BEIM KRANKENKASSENBEITRAG

Das hat das Bundeskabinett beschlossen und ist damit einem zentralen Punkt unseres Wahlprogramms nachgekommen. Rentner und Arbeitnehmer werden so entlastet und mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen geschaffen.



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



BESUCHER IN BERLIN

Der Empfang von Besuchergruppen aus der Heimat an meiner zweiten Arbeitsstätte in Berlin gehört ebenso zu meiner Arbeit, wie Sitzungsvorbereitungen oder die Erarbeitung von Anträgen.



Und so war es mir eine besondere Freude die **Velo-freunde aus Erlenbach a. Main** nach ihrer 5-tägigen Tour über 620 km am Brandenburger Tor begrüßen zu dürfen. Eine tolle Leistung, vor der ich größten Respekt habe und zu der sicherlich auch der großartige Zusammenhalt in der Gruppe beigetragen hat. Bei der anschließenden Zusammenkunft im Biergar-

ten am Brandenburger Tor ließ ich mir dann noch den einen oder anderen Tipp für ausgedehnte aber auch kürzere Radtouren geben.



A propos Bier: Auch der Austausch mit Repräsentantinnen und Repräsentanten aus den unterschiedlichsten Tätigkeitsbereichen ist Teil meiner Arbeit. Sehr angenehm war das Gespräch mit der **Bayerischen Bierkönigin 2018/19 Johanna Seiler** sowie den aktuellen **Hopfenköniginnen** aus der **Hallertau, Theresa Zieglmeier**, und aus **Tettnang, Teresa Locher** (von rechts), beim Deutschen Brauertag 2018.



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



BESUCHER IN BERLIN — TEIL 2



Auf meine Einladung hin waren 50 Gäste aus meiner Heimat 4 Tage in Berlin. Ein buntes Programm mit politischen und historischen Stationen stand auf dem Plan. Der Besuch des Reichstages gehörte wie immer dazu.

Zusammen mit meinen Bundestagskollegen **Sabine Dittmar** aus Schweinfurt und **Andreas Schwarz** aus Bamberg durfte ich 50 Beamtinnen und Beamte des **Hauptzollamtes Schweinfurt** im Deutschen Bundestag begrüßen.

In unserer Diskussion informierten wir über die Arbeitsweise des Parlaments, sprachen aber in erster Linie natürlich über die Personal- und Arbeitssituation in den Zollämtern.

Unser Fazit:

Eine Stärkung des Zolls ist dringend geboten, denn die Behörde bekommt immer mehr Aufgaben übertragen. Deshalb wollen wir dem Wunsch der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft nachkommen, in Unterfranken ein Aus- und

Fortbildungszentrum der Zollverwaltung anzusiedeln. Wir bleiben dran!



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



ZOLL-AUSBILDUNGSEINRICHTUNG NACH WÜRZBURG

Nach dem Besuch der Mitarbeiter des Hauptzollamtes Schweinfurt bei mir in Berlin (siehe vorige Seite) waren Herbert Barthel (rechts) und Matthias Foit (Mitte) von der **BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft Ortsverband Mainfranken** zum Austausch bei mir in Gemünden.



Hintergrund: Der Zoll benötigt weitere Ausbildungseinrichtungen. Meine Gesprächspartner plädierten für Würzburg, die ehemalige Faulenbergkaserne wäre der ideale Standort: Das Gelände befindet sich im Eigentum des Bundes und die bundesweite Anbindung mit Bahn und PKW ist optimal. Der Kontakt zu den zuständigen Behörden ist aufgenommen. Die Ansiedlung wäre eine klasse Sache für die Region Mainfranken.

ÜBRIGENS

Die Ausbildung zur Pflegefachkraft wird für alle kostenfrei.



Wir haben dafür gesorgt, dass die Ausbildung zur Pflegefachkraft ab 2020 überall kostenfrei wird, und das Bundeskabinett hat die Umsetzung der Re-

form beschlossen. Das ist Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für ein solidarisches Land. Unser Ziel ist es, die Pflegeberufe Schritt für Schritt attraktiver zu machen und ihnen mehr Anerkennung zukommen zu lassen. Denn nur so kann es gelingen, dass wieder mehr Menschen diesen wichtigen Beruf ergreifen.



HERZLICHE EINLADUNG

... an alle Betriebs- und Personalräte zur traditionellen Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion am **24. September 2018, 10:30 bis 15:30 Uhr**, im Reichstagsgebäude in Berlin.

Das Thema diesmal: „Arbeitszeit – Lebenszeit“.

Mehr Zeitsouveränität, Flexibilität, Selbstbestimmtheit, Mitbestimmung und bessere Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind unsere Ziele für die wir uns stark machen und über die wir mit Ihnen diskutieren wollen.

Unsere **Fraktions- und Parteivorsitzende Andrea Nahles** sowie unser **Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil** haben für die Veranstaltung bereits zugesagt und freuen sich auf den Austausch mit Ihnen.

Falls Sie in einem Betriebs- oder Personalrat sind und an der Konferenz teilnehmen möchten, bitte ich Sie um eine **Rückmeldung bis zum 10. August 2018** direkt an mein Berliner Abgeordnetenbüro: **bernd.ruetzel@bundestag.de**

Die SPD-Bundestagsfraktion übernimmt keine Übernachtungskosten, aber einen Fahrtkostenzuschuss von bis zu 50 € (bei Zugfahrt der Originalbeleg bzw. bei Pkw-Anreise 0,19 Cent pro einfachem Kilometer; in beiden Fällen maximal 50 Euro Zuschuss).

Die Einladung kann auch gerne an andere interessierte Personal- oder Betriebsräte weitergegeben werden.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



HISTORISCHES

100 JAHRE ACHTSTUNDENTAG

Vor einhundert Jahren wurde der 8-Stunden-Tag eingeführt. Die Maxime damals war: 8 Stunden arbeiten, 8 Stunden Freizeit und 8 Stunden schlafen. Passt diese alte Regel noch in unsere Zeit?

Die öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag diese Woche ergab folgendes Fazit: Ganz klar JA.

Sie ist aktueller und wichtiger denn je. Wir leben nicht nur im Megatrend Digitaler Wandel, der immer mehr die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen lässt, sondern auch im Megatrend Demographischer Wandel. Die Menschen haben ein Bedürfnis nach Ausgleich. Besonders dann, wenn beide Partner berufstätig sind, wollen sie gemeinsame Zeit erleben können.

Und eines wurde von den Sachverständigen ganz deutlich herausgearbeitet: Ab der 9. Arbeitsstunde steigen die Gesundheitsbeeinträchtigungen erheblich und es liegt eine deutliche Erhöhung des Unfallrisikos vor. Das vollständige Anhörungsprotokoll lesen sie [hier](#).

Arbeitnehmerschutzes.

Frau **Dr. Beate Beermann**, Fachbereichsleiterin bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), war auf meine Einladung hin von Dortmund nach Lohr gekommen, um über Auswirkungen des Wandels der Arbeitswelt auf die Beschäftigten zu diskutieren. Dabei standen psychische Belastungen und Überforderungen im Mittelpunkt des Vortrages und der Diskussion. Kein Wunder, denn allein im Zeitraum 2002 bis 2014 haben sich die Arbeitsunfähigkeits(AU)-Tage durch psychische Störungen und Verhaltensstörungen verdoppelt, wie Dr. Beermann anhand wissenschaftlicher Erhebungen aufzeigte.



Unmissverständlich arbeitete sie die Gefährdungspotentiale durch Be- und Überlastungen auf der Arbeit heraus und ging dabei auch auf das Thema Arbeitszeitgestaltung ein.

Gut, dass sich die anwesenden Betriebs- und Personalräte gegenseitig bestärkten, wachsam zu sein und einen Blick auf ihre Kolleginnen und Kollegen zu haben.

ARBEITEN IM HAMSTERRAD MACHT KRANK

Passend zum 100-jährigen Jubiläum des Achtstundentages, stand mein letztes Betriebs- und Personalrätegespräch ganz im Zeichen des



Meinen ausführlichen Bericht
finden Sie auf
www.bernd-ruetzel.de

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



DISKUSSION ZU GRENZERFAHRUNGEN IN FRAMMERSBACH

Wo bestehen Chancen und Möglichkeiten bei der Zusammenarbeit von Kommunen über (Bundes-) Ländergrenzen hinweg, und was sind Hemmnisse.



Das diskutierte ich mit Fokus auf die Situation im bayerisch-hessischen Grenzgebiet vom Lohrtal über die Regionen Flörsbachtal und Jossgrund bis in den Sinngrund mit gut drei Dutzend interessierten Bürgerinnen und Bürgern und Kollegen aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik in Frammersbach. Mit dabei waren meine Kollegin **Bettina Müller**, der bayerische Landtagsabgeordnete **Georg Rosenthal**, der stellvertretende Landrat Miltenbergs **Thorsten Meyerer** und Frammersbachs Bürgermeister **Christian Holzemer**.

Wir haben vier Schwerpunkte ausgemacht: Die Strategische Zusammenarbeit (Stichwort Regionale Zusammenschlüsse, wie sie in den Metropolregionen, z.B. Rhein-Main, praktiziert wird) – Tourismus – Gesundheit – Verkehr. Vor allem die Zusammenarbeit in Sachen Tourismus stellt sich sehr gut dar. In den anderen Bereichen besteht allerdings Nachholbedarf. Einige Impulse – auch der Bürgerinnen und Bürger – wurden aufgegriffen.

Den ganzen Bericht
lesen Sie auf
www.bernd-ruetzel.de

MITTENDRIN IM BUNDESTAG

Eine tolle Chance für Jugendliche, politische Prozesse an Originalschauplätzen zu erleben und mitzugestalten, bietet das Planspiel „**Jugend und Parlament**“. Dieses fand in den letzten Tagen erneut im Deutschen Bundestag statt. Dabei stellten 355 Jugendliche aus ganz Deutschland das parlamentarische Verfahren nach. Ich hatte den 17-jährigen Schüler **Fabian Haas aus Richelbach** eingeladen, vier Tage in die Rolle eines Abgeordneten zu schlüpfen.

„Ich habe vor allem gelernt, wie wichtig es in einer Demokratie ist, sich miteinander auf Kompromisse zu einigen, andere Sichtweisen zu verstehen und stets seine Stimme zu nutzen. Für mich war das schönste an der Veranstaltung, dass ich interessante Leute kennen lernen durfte und der Politik ein Stück weit näher gekommen bin“, bedankte sich Haas für die Möglichkeit, den Berufsalltag von Bundestagsabgeordneten näher kennenzulernen.



Die Jugendlichen debattierten Gesetzentwürfe zu chancengleichen Bewerbungen, zur Einführung von Pfand auf Kaffeebechern, zur Einführung von Elementen direkter Demokratie sowie zur Ausweitung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an einer EU-geführten Militäroperation im fiktiven Staat Sahe-lien. Dabei lernten sie die Arbeit der Abgeordneten kennen – in Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen. Eine rundum gelungene Veranstaltung, resümierte der Schüler abschließend.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



NEUE SICHERHEIT FÜR DIE RENTE

Die SPD gibt der Rente neue Sicherheit. Das ist notwendig, denn das Rentenniveau ist im Sinken. Was zu tun ist, um diesen Trend zu stoppen und das Niveau bei mindestens 48 Prozent zu halten wird unser **Arbeitsminister Hubertus Heil** im Juli erklären.

Soviel vorab: Wir werden die **Rentenformel ändern** und die Beiträge auf maximal 20 Prozent begrenzen. Das ist ein ganz wichtiger Meilenstein, auf den ich stolz bin. All das kostet aber auch eine Menge Geld. Deshalb werden wir den Bundeszuschuss erhöhen. Dieser beträgt bald 100 Mrd. Euro pro Jahr. Ich sage deutlich: Das ist gut. Denn die Menschen haben sich das verdient. Das Geld ist gut investiert.

Weitere Verbesserungen gibt es bei

- der **Erwerbsminderungsrente**, die immer mehr Menschen in Anspruch nehmen müssen: Änderungen bei den Zurechnungszeiten stellen die Betroffenen so, als hätten sie bis zur Regelaltersgrenze gearbeitet.
- der **Mütterrente** für die vor 1992 geborenen Kinder. Es gibt einen weiteren Entgeltpunkt, wenn sie mindestens drei Kinder erzogen haben. Kostenpunkt: 3,7 Mrd. Euro.

Das ist nicht ganz gerecht, weil dadurch all diejenigen leer ausgehen, die „nur“ zwei Kinder haben. Würde man alle berücksichtigen, wären wir bei 6,7 Mrd. Euro. Warum also nicht den Mittelweg nehmen, wie von Hubertus Heil vorgeschlagen: Alle Mütter erhalten einen halben Punkt. Das wäre gerecht und finanzierbar. Ich hoffe, dass wir dies im parlamentarischen Verfahren noch ändern können.

Das alles wollen wir zum 1. Januar 2019 erreichen. Nicht vergessen haben wir die **Grundrente** und den **sozialen Schutz der Selbstständigen**. Dies werden wir bald angehen.

LUST AUF EIN JAHR IN DEN USA?



Schülerinnen, Schüler und junge Berufstätige können sich jetzt für ein Stipendium des Bundestages bewerben.

Ich habe bereits fünf Patenschaften für dieses Projekt übernommen und möchte gerne auch 2019/20 einen jungen Menschen im Auslandsjahr in den USA begleiten. Die deutschen Schülerinnen und Schüler besuchen in den USA eine High School, die jungen Berufstätigen gehen auf ein College und absolvieren anschließend ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Die Stipendiaten leben während des Austauschjahres in Gastfamilien.

Bis zum 14. September 2018 läuft die Bewerbungsfrist. Alle weiteren Infos gibt es auf www.bundestag.de/ppp und in meinem Gemündener Wahlkreisbüro.

Worauf es ankommt und was man alles in einem Auslandsjahr in den USA erleben kann, ist in den Texten meiner PPP-Stipendiatinnen nachzulesen:
www.bernd-ruetzel.de

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



„MISCHT EUCH EIN!“

BERND RÜTZEL ZU BESUCH AM JULIUS- ECHTER-GYMNASIUM ELSENFELD

Gastbeitrag von Susanne Pfefferer

„Quo vadis, EU? – Wohin gehst du, EU?“ Mit dieser Frage beschäftigen sich nicht nur hochrangige Politiker wie Macron oder Merkel, sondern auch eine kleine Schülergruppe des W-Seminars „Zukunftsperspektiven der Europäischen Union“ unter der Leitung von Susanne Pfefferer. Seit Schuljahresbeginn setzt diese sich mit dem Wachsen, Werden und den Krisen der europäischen Gemeinschaft auseinander. Nun ist es an der Zeit, mit jemandem zu sprechen, der in die politischen Entscheidungen involviert ist.



Im Rahmen des Europatages, einem Projekttag der Bundesregierung, bei dem jedes Jahr deutschlandweit Politiker Schulen besuchen und mit Jugendlichen über Europa diskutieren, trifft MdB Bernd Rützel (SPD) auf die zehn kritischen Seminarteilnehmer des Julius-Echter-Gymnasiums Elsenfeld, die über aktuelle Herausforderungen und Perspektiven der EU sprechen wollen.

Rützel vertritt seit Oktober 2013 den Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg im Bundestag und ist den Menschen am Untermain somit besonders zugehen. Dass er sich vor allem für den Bereich Arbeit und Soziales engagiert, wird in einer offenen, den

Schülern zugewandten Gesprächsrunde rasch deutlich.

Entlang der Seminarthemen ist die Gruppe bald mitten im Gespräch über Nationalismus, Populismus, wirtschaftliche und soziale Krisen sowie die Möglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Armee, der Verwirklichung von Macrons hochfliegenden Plänen und der EU-kritischen Politik Ungarns. Ähnlich wie in der internen Arbeit des Seminars zeigt sich ein recht pragmatischer Blick. Die starke Orientierung der Nationen auf ihre eigenen Interessen wird sicherlich Churchills und Macrons Wunsch nach „Vereinigten Staaten von Europa“

verhindern, jedoch ohne Zusammenarbeit, ohne Union können die europäischen Nationen sich in der Welt kaum behaupten.

Dass der Abgeordnete Rützel in seinen Ein-

schätzungen aus dem Nähkästchen seiner politischen und persönlichen Erfahrungen plaudert, ermutigt die Jugendlichen auch, kritisch die Entwicklungen in Deutschland, speziell der SPD, zu hinterfragen, etwa weshalb ein Jugendlicher ausgerechnet diese Partei wählen sollte. Sie erhalten eine demokratiebejahende, recht offene Antwort.

Es geht darum, überhaupt zu partizipieren. „Mischt euch ein!“, lautet der Appell. Wichtig sei es, das eigene Potential und die eigenen Kenntnisse – „und sei es nur ein Zehntel von dem, was ihr jetzt wisst“ – zu nutzen, um die Gesellschaft Deutschlands, den sozialen Ausgleich und die Demokratie zu stärken.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



SOPHIES POST AUS DEN USA



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Sophie Maier aus Bischbrunn. Hier ihr aktueller Bericht:

Mach's gut, Seattle – jetzt ist es schon Zeit tschüss zu sagen.

Mein Auslandsjahr ist schon fast zu Ende, verrückt wie schnell die Zeit vorbei gegangen ist. In den letzten Wochen habe ich mich nicht nur von meinen neu gewonnenen Freunden und meiner Gastfamilie, sondern auch von der Seattle-Area verabschiedet. Ein letztes Mal über den Public Place Market laufen, die berühmte Gum-Wall anschauen und natürlich noch einmal die faszinierende Aussicht vom Columbia Tower auf die Stadt genießen. Da bekommt man schon ein komisches Gefühl. Trotzdem freue ich mich aber auch auf die kommende Zeit.

Bevor es zurück nach Deutschland geht, erwartet mich ein weiteres großes Abenteuer. In den letzten

vier Wochen meines Aufenthaltes werde ich zusammen mit anderen Teilnehmern des PPP-Programmes einen Road Trip quer durch die USA von Seattle nach Miami starten. Auf dem insgesamt circa 6400 km langen Weg haben wir viele Stopps eingeplant, und ich freue mich schon riesig alles zu erkunden. Wie meine Reise war, werde ich im nächsten Newsletter berichten.

Ein letztes Mal – viele Grüße aus Seattle.

See you, Seattle - now it's time to say goodbye.

My year abroad is almost over, crazy how fast time has passed. In the last few weeks, I said goodbye to my new friends and my host family, and also to the Seattle Area. To walk over the Public Place Market one last time, the famous Gum Wall and, of course, once again enjoy the incredible view of the city on top of the Columbia Tower. That was a weird feeling. Nevertheless, I am also looking forward to the next weeks.



Before returning to Germany, another big adventure awaits me. During the last four weeks of my stay, I will start a road trip across the US from Seattle to Miami with other PPP participants. On the total of about 6400 km long way, we have planned many stops, and I'm really looking forward to explore everything. I will tell you how my trip was in the next newsletter.

One last time - Greetings from Seattle.

One last time - Greetings from Seattle.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



LANDTAGSWAHL 2018:

GERECHT IST, WAS WOHNRAUM SCHAFFT

„Wir werden nicht lockerlassen, damit sich jeder in Bayern sein Dach über dem Kopf leisten kann und dass nicht mehr die Hälfte des Einkommens von Familien für die Miete draufgeht!“ *Natascha Kohnen*

„Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist die wichtigste soziale Frage in Bayern. Und deshalb werden wir ab sofort immer und überall über Wohnungsbau und Mieterschutz reden“, so Bayerns Spitzenkandidatin **Natascha Kohnen**.

Der Grund für die Wohnbau-Misere: Die Wohnungsbaupolitik wurde jahrelang sträflich vernachlässigt. Es gibt zu wenige Wohnungen in öffentlicher Hand. Und zu wenige Instrumente, um den Mietenanstieg zu reduzieren.

Wohnraumoffensive Bayern

Deshalb startet die BayernSPD die „Wohnraum-offensive Bayern“! Mit 100.000 zusätzlich bezahlbaren Wohnungen innerhalb der nächsten fünf Jahre. Mit Investitionen von jährlich 350 Millionen Euro. Denn viele Menschen in Bayern finden keine bezahlbare Wohnung mehr - in den großen Städten sowieso aber mittlerweile auch auf dem Land.

Viele haben Angst vor der nächsten Mieterhöhung. Die Mieten sind in den letzten 10 Jahren um ein Drittel gestiegen. Und trotzdem wird immer noch zu wenig gebaut. Damit will die BayernSPD endlich Schluss machen.

Wir wollen sicherstellen, dass sich in Bayern alle ihr Dach über dem Kopf leisten können: Der Freistaat



Bayern muss selbst Wohnungen bauen und alles tun, um günstigen Wohnraum zu schaffen und zu erhalten.

Die BayernSPD hat hierfür ein klares, durchgerechnetes Konzept für bezahlbares Wohnen:

1. Wir gründen eine staatliche bayerische **Wohnbaugesellschaft** für mindestens 25.000 neue Wohnungen in den nächsten fünf Jahren.
2. Wir schaffen endlich **Überblick über die bebaubaren Flächen** in Bayern. Und dann sorgen wir dafür, dass diese Flächen auch genutzt werden.
3. Wir werden **staatliche Grundstücke** nicht mehr zu Höchstpreisen verkaufen, sondern sie günstig zur Verfügung stellen, wenn darauf bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Dieses Angebot gilt für Städte, Gemeinden und Genossenschaften.
4. Wir werden unseren **Landkreisen** endlich alle Möglichkeiten geben, selbst Wohnungen zu bauen. Das ist in Bayern rechtlich bisher nicht möglich.
5. Wir werden die **Sozialbindung von gefördertem Wohnraum** verlängern.
6. Wir bekämpfen die **Spekulation mit Bauland** und sorgen dafür, dass es für Wohnungsbau genutzt wird. Dazu führen wir eine Spekulationssteuer auf

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Boden ein. Die nutzt übrigens auch Landwirten und Winzern, die sich auch immer öfter mit Spekulant^{en} rumärgern müssen.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt lässt sich nicht von heute auf morgen verbessern. Aber mit diesen Maßnahmen gehen wir das Problem konsequent an.

Mehr zur **Landtagswahl am 14. Oktober** auf den Internetseiten der SPD-KandidatInnen aus meinem Wahlkreis MIL und MSP und meinen Betreuungswahlreisen AB und WÜ:

VOLKMAR HALBLEIB, MdL Liste 2, Platz 1

Würzburg-Land | volkmar-halbleib.de

MARTINA FEHLNER, MdL Liste 2, Platz 2

Aschaffenburg-West | martina-fehlner.de

GEORG ROSENTHAL, MdL Liste 2, Platz 3

Würzburg-Stadt | georg-roenthal.de

SVEN GOTTSCHALK Liste 2, Platz 6

Main-Spessart | svengottschalk.com

JÖRG PISCHINGER Liste 2, Platz 9

Miltenberg | joerg-pischinger.de

MICHAIL FOTOKEHAGIAS Liste 2, Platz 10

Aschaffenburg-Ost | fotokehagias.de

VOLKSBEGEHREN ARTENVIELFALT: BAYERNSPD DABEI!



Mit dem Volksbegehren „**Rettet die Bienen, Vögel und Schmetterlinge – stoppt das Artensterben**“ wollen über 50 Bündnispartner, darunter die BayernSPD, endlich das bayerische Naturschutzgesetz ändern.

Schmetterlingsforscher Andreas Segerer ist einer der Wissenschaftler, die sich am Volksbegehren beteiligen: „Dreiviertel aller Tierarten auf diesem Planeten sind Insekten. Wenn sie ausfallen, wird das ganze Nahrungsnetz von unten her löchrig. Das kann bis zum Kollaps ganzer Ökosysteme führen. Das kann auch auf uns Menschen zurückschlagen.“

Auch Vögel sind vom Artenschwund betroffen, besonders Ackerlandvögel. Innerhalb der letzten 30 Jahre sind mehr als 50 Prozent von ihnen verschwunden. Viele Wissenschaftler hoffen deshalb auch, dass durch dieses Volksbegehren die Kenntnis der Öffentlichkeit über verschiedene Arten erhöht wird.

Alles Wissenswerte zum Volksbegehren:
volksbegehren-artenvielfalt.de